

Das Bali-Päckchen

Welthandelsorganisation. Anfang Dezember 2013 ist der Welthandelsorganisation (WTO) auf Bali ein wichtiger Durchbruch gelungen: Die vereinbarten Handelserleichterungen werden dem lahmdenden Welthandel mittelfristig wieder mehr Schwung verleihen. Gleichwohl bleibt das Bali-Paket weit hinter den Erwartungen zurück, beinhaltet es doch nur einen Bruchteil dessen, was eine umfassende Handelsliberalisierung ausmacht.

Die Gründung der WTO im Jahr 1995 war ein wichtiges Resultat der Uruguay-Welthandelsrunde, die 1994 endete. Die Uruguay-Runde sah unter anderem den Abbau von

Industriegüterzöllen und Agrarsubventionen sowie einen besseren Schutz des geistigen Eigentums vor.

Seit 1995 brachten die WTO-Mitglieder über viele Jahre lediglich ei-

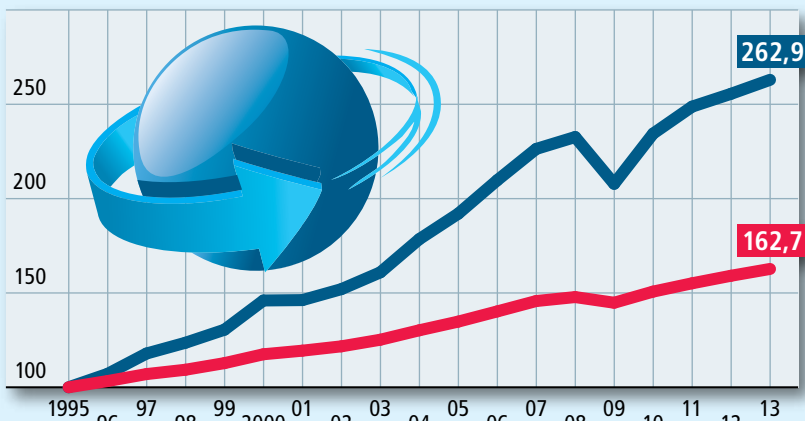
nige Abkommen für bestimmte Wirtschaftsbereiche zustande – zum Beispiel in der Informationstechnologie sowie im Bereich der Telekommunikations- und Finanzdienstleistungen. Auf eine von allen WTO-Mitgliedern getragene umfassendere Handelsliberalisierung musste die Welt lange warten. Erst im Dezember 2013 einigten sich die Vertreter der neunten WTO-Ministerkonferenz überraschend auf ein neues Abkommen: das Bali-Paket.

Dass die Welthandelsrunde fast 20 Jahre brauchte, um grundlegende neue Beschlüsse zu fassen, liegt nicht zuletzt an den Statuten: Damit eine Vereinbarung zustande kommt, müssen alle WTO-Mitgliedsländer allen Verhandlungspunkten zustimmen. Für das Bali-Abkommen galt es, die Interessen von immerhin 159 Staaten unter einen Hut zu bringen (Grafik Seite 2):

Im Gründungsjahr 1995 startete die WTO mit knapp 130 Mitgliedsländern, mit dem Beitritt Jemens werden bald 160 Staaten in der UN-Organisation vertreten sein. →

Globales Wachstum

Reale Entwicklung der ■ Weltwirtschaftsleistung und des ■ Welthandels, 1995 = 100



2013: Schätzung; Ursprungsdaten: Internationaler Währungsfonds

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien · iwd 3

Inhalt

Bevölkerungsentwicklung. Bis 2030 wird mehr als ein Drittel der Bevölkerung in den deutschen Metropolregionen leben. Das Ruhrgebiet dürfte dagegen Einwohner verlieren. Seite 3

Lohnstückkosten. Dass Deutschland kein Lohndumping betreibt, zeigt ein Blick ins Ausland: In den Konkurrenzländern sind die Lohnstückkosten im Schnitt fast 5 Prozent niedriger als hierzulande. Seite 4-5

Wohnungsmarkt. Vor allem in den abgelegenen Kreisen Ostdeutschlands wird der Leerstand aufgrund der demografischen Entwicklung in den kommenden Jahren dramatisch steigen. Seite 6-7

Rohstoffe. Trotz umfangreicher Handelsregulierungen gelingt es den Milizen im Kongo, mithilfe von Coltan, Zinnerz, Gold und Wolfram den Bürgerkrieg weiterhin zu finanzieren. Seite 8

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Präsident:
Arndt Günter Kirchoff
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen
in Deutschland

→ Und es dürften noch mehr werden – viele Länder stehen bei der WTO Schlange, darunter Äthiopien, Kasachstan und Serbien.

Auf diese Punkte haben sich die Mitgliedsländer auf Bali geeinigt:

- Die **Zollabwicklungen** sollen weltweit vereinfacht werden. Darauf drängten vor allem die Industrieländer, denn derzeit sind die Importverfahren in vielen Schwellen- und Entwicklungsländern langwierig, teuer und nicht selten willkürlich. Einheitliche Regeln sowie Transparenz- und Begründungspflichten sollen hier Abhilfe schaffen, was vor allem den Exportnationen nützt.

Experten schätzen, dass das Bali-Abkommen die weltweite Wirtschaftsleistung um bis zu 1 Billion Dollar steigern könnte.

Da die Umsetzung der neuen Regeln aber auch Geld kostet, stellt die Europäische Union den Schwellen- und Entwicklungsländern in den kommenden fünf Jahren mehr als 400 Millionen Euro zur Verfügung.

- Vorgesehen sind auch **Veränderungen im Agrarsektor**. Den Schwel-

len- und Entwicklungsländern lag vor allem daran, dass die Industrieländer ihre Exportsubventionen abschaffen. Außerdem drängten die Baumwolle produzierenden Entwicklungsländer darauf, bessere Absatzchancen in den Industriestaaten zu bekommen. In beiden Punkten gibt es diesbezüglich nun Zusagen der Industrieländer, die allerdings noch nicht ganz wasserdicht sind.

- Für die besonders umstrittenen **Lebensmittelprogramme der Entwicklungs- und Schwellenländer** wurde ein Kompromiss gefunden: Eigentlich verstößt es gegen die WTO-Regeln, dass Länder wie Indien ihren Bauern Grundnahrungsmittel zu subventionierten Preisen abkaufen, um sie an die Armen im Land zu verteilen. Die Schwellenländer haben auf Bali nun durchgesetzt, dass insgesamt 33 arme Länder diese Hilfsprogramme bis 2017 – bis dahin sollen neue WTO-Regeln vereinbart sein – weiter betreiben dürfen.

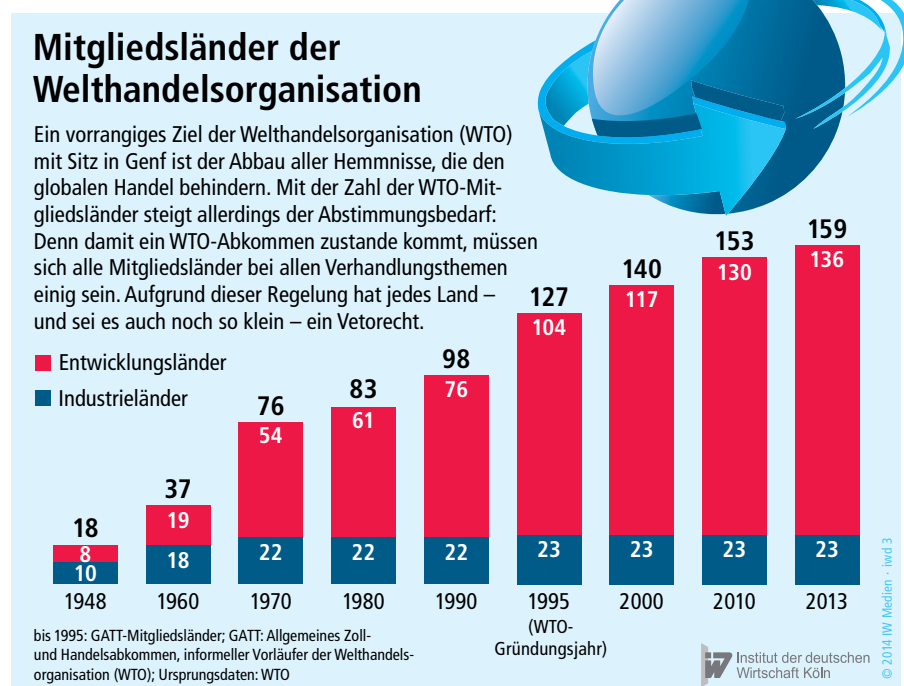
Zustande gekommen ist das Bali-Abkommen letztlich wohl vor allem deshalb, weil die Mitglieder trotz

erheblicher Konflikte beweisen wollten, dass die WTO durchaus noch handlungsfähig ist. So hatte der erst seit September amtierende Generaldirektor der WTO, der Brasilianer Roberto Azevêdo, bereits im Vorfeld der Konferenz massiv auf eine mögliche Einigung in Bali hingearbeitet; auch das Gastgeberland Indonesien sowie die Delegierten aus Brasilien, China, den USA und der europäischen Staatengemeinschaft haben vergleichsweise konstruktiv mitgewirkt.


Dennoch ist der auf Bali gefeierte Durchbruch bestenfalls als ein gelungener Auftakt zu werten. Denn die Verhandlungen im Rahmen der Doha-Runde, die seit 2001 laufen und eine nachhaltige Handelsliberalisierung anstreben, sind noch weit von einem Abschluss entfernt. Gerade mal ein Zehntel aller dort noch offenen Punkte werden vom Bali-Pakt aufgegriffen. Unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten ist dies bedauerlich, denn der globale Handel könnte einen Liberalisierungsschub gut gebrauchen (Grafik Seite 1):

In den vergangenen beiden Jahren wuchs der globale Waren- und Dienstleistungshandel nur um etwa 3 Prozent jährlich, zwischen 1994 und 2000 sowie zwischen 2002 und 2007 nahm er dagegen jahresdurchschnittlich um 8,3 Prozent zu.

Das langsamere Handelswachstum hat zwar auch mit der schwächelnden Weltkonjunktur zu tun, doch seit der Finanzkrise 2008 haben viele Länder neue, zum Teil verdeckte Protektionsmaßnahmen ergriffen. Es wäre daher sinnvoll, nach und nach weitere zustimmungsfähige Themenpakete aus der Doha-Agenda auszukoppeln sowie die starren WTO-Verhandlungsregeln zu überdenken.



Zurück in die Stadt

Bevölkerungsentwicklung. Seit einigen Jahren steigen in den deutschen Metropolregionen die Einwohnerzahlen. Der Run auf die Großstädte und ihr Umland stellt die Bundesrepublik vor große Herausforderungen. 

Immer mehr Menschen aus Ost- und Südeuropa ziehen nach Deutschland. Da sie zumeist die städtischen Arbeitsmärkte ansteuern, wird die Bevölkerung in und um die Metropolen herum weiter wachsen. Im Jahr 2012 kamen unterm Strich – Zuwanderer minus Abwanderer – rund 370.000 Menschen nach Deutschland; 2013 betrug die Nettowanderung schätzungsweise mindestens 400.000. Auch innerhalb der Bundesrepublik zieht eine steigende Zahl an Menschen in die Großstädte, zum Studium zum Beispiel.




Selbst in Ostdeutschland, das seit dem Fall der Mauer vor 25 Jahren fast 2 Millionen Einwohner verloren hat, wachsen die Großstädte. Vor allem Dresden und Leipzig legen stark zu und könnten bis 2030 ihre Bevölkerung um mehr als ein Fünftel auf jeweils gut 600.000 steigern.

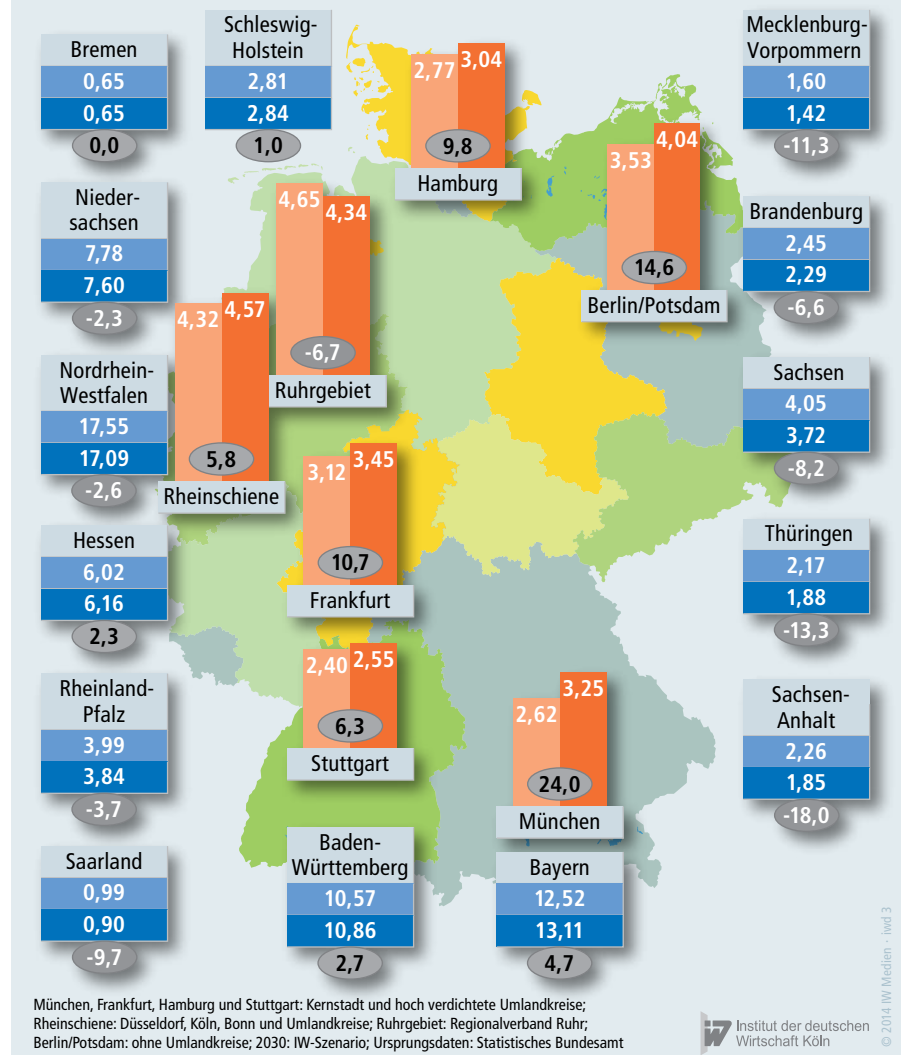
Die Rheinschiene mit Düsseldorf, Köln und Bonn wächst zwar mit einem Plus von circa 6 Prozent bis 2030 ebenfalls – allerdings nicht ganz so dynamisch wie München, Berlin und Frankfurt (Grafik).

Bis 2030 dürften in den 14 deutschen Großstädten mit mindestens einer halben Million Einwohner 19 Prozent aller Bundesbürger leben, bisher sind es 16 Prozent.

In den Metropolregionen Berlin, München, Hamburg, Stuttgart, Frankfurt und Köln-Bonn-Düssel-

Boomende Metropolregionen

in Millionen  Einwohnerzahl 2012  Einwohnerzahl 2030  Veränderung in Prozent



dorf steigen die Einwohnerzahlen um mehr als 2 Millionen. Einschließlich des Ruhrgebiets leben dann gut 30 Prozent der Bevölkerung in großstädtischen Verdichtungsräumen.

Dabei ist das Ruhrgebiet ein negativer Ausreißer: Weil Städte wie Essen und Dortmund schrumpfen, könnte der Pott bis 2030 fast 7 Prozent seiner Einwohner verlieren. Bremen kann bestenfalls mit Stagnation rechnen.

Und auch in vielen Landesteilen wird sich der Bevölkerungsrückgang beschleunigen. Städte und Gemeinden abseits der Metropolen sind zum einen kein Magnet für Zuwanderer und zum anderen selbst von Abwan-

derung betroffen. Weil vor allem junge Menschen gehen, fehlen aber auch potenzielle Eltern – und die Lücke zwischen Geburten und Sterbefällen wächst. Auf dem Land wird es deshalb vielerorts Abriss- und Rückbauprogramme geben, in den boomenden Städten dagegen müssen laufend neue Wohnungen und Infrastrukturen geschaffen werden (vgl. Seite 6-7).




Information

aus IW-Trends
4/2013

Klaus-Heiner Röhl: Konzentrations- und Schrumpfungprozesse in deutschen Regionen und Großstädten bis 2030
www.iwkoeln.de/metropolen

Deutschland bleibt teurer Standort

Lohnstückkosten. Die hohen Überschüsse im deutschen Außenhandel seien durch Lohnzurückhaltung erkaufte, monieren Kritiker und fordern deshalb höhere Löhne. Doch der Blick auf die deutschen Lohnstückkosten zeigt, dass von einem Kostendumping weder aktuell noch langfristig die Rede sein kann. 

Auch wenn es zuletzt in den von Schulden und Rezession geprägten Euroländern wieder etwas aufwärts ging – einige Ökonomen mahnen, die Krise sei noch lange nicht vorbei. Und so werden wohl auch in diesem Jahr jene Stimmen nicht verstummen, die Deutschland eine gehörige Portion Mitschuld an den Problemen der Krisenstaaten geben.

Die Anklage lautet: Die deutsche Wirtschaft hat sich durch übermäßige Lohnzurückhaltung Wettbewerbsvorteile verschafft und einseitig auf den Export gesetzt. Die Binnennachfrage dagegen ist aufgrund der niedrigen Löhne zu schwach, sodass andere Länder nicht genug Güter nach Deutschland verkaufen können. Das verhindert die wirtschaftliche Erholung im Ausland. Folglich, so das Urteil, müssen die

Arbeitsentgelte in Deutschland kräftig angehoben werden.

Diese Argumentation verkennt allerdings gleich zwei Fakten:

- Der Außenhandel hat das Wirtschaftswachstum in Deutschland im vergangenen Jahr sogar gebremst und wird dies voraussichtlich auch 2014 tun. Von einer einseitigen Exportausrichtung der deutschen Wirtschaft kann also keine Rede sein (vgl. iwd 48/2013).

- Deutschlands Handelsbilanzüberschuss gegenüber den anderen Euroländern ist zuletzt deutlich geschrumpft.

Der Sachverständigenrat für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung kommt daher zu dem Schluss, dass stark steigende Löhne in Deutschland die Konjunktur in den Krisenländern nicht ankurbeln könnten.

Ohnehin ist fraglich, ob die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft überhaupt so hoch ist, wie die Kritiker behaupten. Zwar punkten die hiesigen Industrieunternehmen mit ihrer Produktivität:

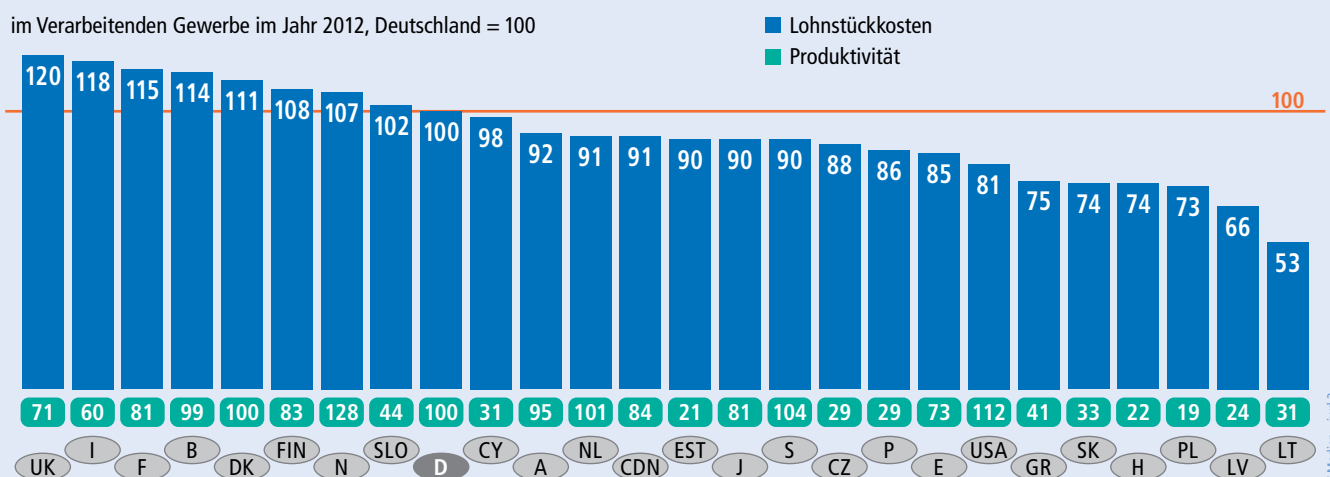
Im Schnitt erwirtschaftet die Industrie in den 25 wichtigsten Konkurrenzländern je Arbeitsstunde eine um 15 Prozent niedrigere Leistung als in Deutschland.

Von allen großen Industrienationen weisen nur die USA eine höhere Produktivität als die Bundesrepublik aus. Frankreich dagegen liegt um etwa 20 Prozent unter dem deutschen Wert, Italien sogar um 40 Prozent (Grafik).

Dennoch reicht der deutsche Produktivitätsvorsprung nicht aus, um das Handicap der hohen deutschen Arbeitskosten auszugleichen. Denn im Schnitt produziert die Industrie im Ausland zu Löhnen und Lohnnebenkosten, die um 19 Prozent unter dem deutschen Niveau liegen. Daraus ergibt sich:

Lohnstückkosten und Produktivität international

im Verarbeitenden Gewerbe im Jahr 2012, Deutschland = 100



Lohnstückkosten: Verhältnis von Arbeitskosten je Beschäftigtenstunde in Euro zur Produktivität; Produktivität: Bruttowertschöpfung je geleistete Stunde
 Ursprungsdaten: Deutsche Bundesbank, Eurostat, nationale Quellen, OECD, U.S. Department of Labor

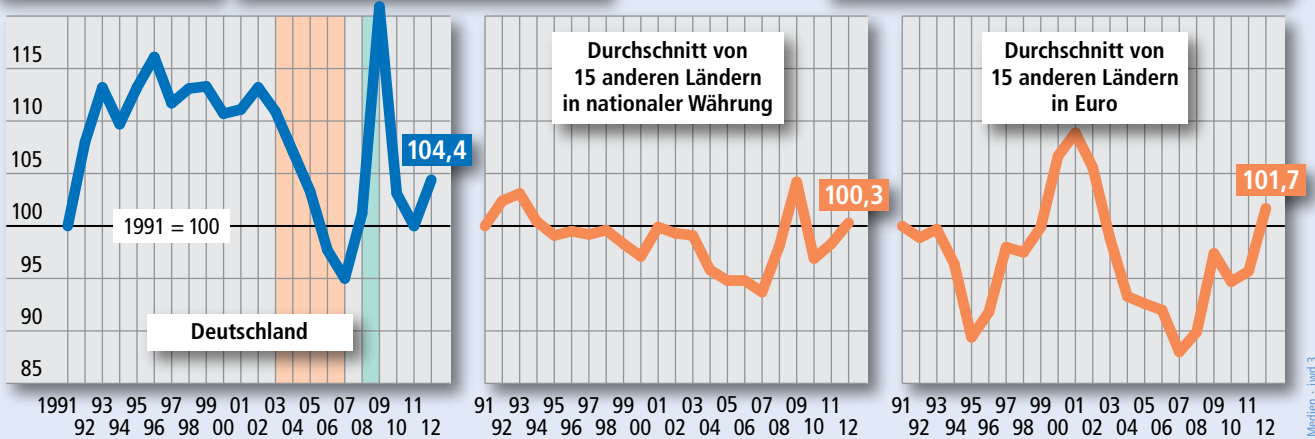
Kein Lohndumping in Deutschland

Entwicklung der Lohnstückkosten im Verarbeitenden Gewerbe

2003 bis 2007: Arbeitsmarkt- und Sozialreformen ließen die Lohnstückkosten sinken

2008 und 2009: In der Wirtschafts- und Finanzkrise wurden nur relativ wenige Beschäftigte entlassen, dadurch ging die Produktivität zurück und die Lohnstückkosten stiegen

Wenn es stimmen würde, dass Deutschland in den vergangenen Jahren Lohndumping betrieben und sich damit gegenüber anderen Ländern einen Wettbewerbsvorteil verschafft hat, dann hätten die deutschen Lohnstückkosten im Vergleich zum Ausland sinken müssen. Tatsächlich aber sind die Lohnstückkosten in Deutschland von 1991 bis 2012 insgesamt um 4,4 Prozent gestiegen und damit stärker als im Schnitt der wichtigsten Konkurrenzländer.



Lohnstückkosten: Verhältnis von Arbeitskosten je Beschäftigtenstunde in Euro zur Produktivität; Produktivität: Bruttowertschöpfung je geleistete Stunde
 Ursprungsdaten: Deutsche Bundesbank, Eurostat, nationale Quellen, OECD, U.S. Department of Labor

IW Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - Iwd 3

Die Lohnstückkosten der ausländischen Industrieunternehmen in den 25 bedeutendsten Konkurrenzländern sind im Schnitt fast 5 Prozent niedriger als die der deutschen Firmen.

Blickt man nur auf die hier untersuchten EU-Staaten, dann sind die Arbeitskosten im Verhältnis zur Produktivität dort im Mittel zwar um knapp 2 Prozent höher als in der Bundesrepublik. Dahinter verbirgt sich jedoch eine große Spannweite. In Großbritannien und Frankreich etwa sind die Lohnstückkosten um ein Fünftel bzw. ein Sechstel höher als in Deutschland, dagegen produzieren kleine, aber gleichwohl exportstarke Industriestaaten wie die Niederlande zu deutlich geringeren Kosten.

Ohnehin lässt sich vom Niveau der Lohnstückkosten nur zum Teil auf die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes schließen. Fertigen die Industriefirmen zum Beispiel große Gütermengen auf sehr teuren Maschinen und mit einem hohen Automatisierungsgrad, dann können die Lohnstückkosten niedrig sein, ohne

dass daraus eine hohe preisliche Wettbewerbsfähigkeit folgt. Denn in diesem Fall müssen die Unternehmen zugleich hohe Kapitalkosten für den Maschinenpark schultern.

Um mögliche Verschiebungen der Wettbewerbspositionen zu erfassen, sollte man auch die Entwicklung der Lohnstückkosten im In- und Ausland vergleichen. Doch auch dies offenbart kein Lohndumping der deutschen Industrie (Grafik):

Seit 1991 sind die Lohnstückkosten im deutschen Verarbeitenden Gewerbe insgesamt um gut 4 Prozent gestiegen. Im Ausland legten die Kosten je Produkteinheit auf Euro-Basis um 2 Prozent zu, in nationaler Währung stagnierten sie sogar.

Dass sich Deutschland dennoch den Vorwurf anhören muss, die Löhne gedrückt zu haben, liegt an der zwischenzeitlichen Entwicklung der Lohnstückkosten. Während sie im Ausland auf Basis der nationalen Währungen im Schnitt fast durchgängig konstant blieben und nur durch die Weltwirtschaftskrise in Bewegung gerieten, glich das Bild in

Deutschland einer Achterbahnfahrt: Besonders prägend für das deutsche Image im Ausland waren offenbar die Jahre 2003 bis 2007, als die Lohnstückkosten um ein Siebtel sanken. Damals reagierte die Politik auf den aufgestauten Reformdruck mit der Agenda 2010 und vor allem den Hartz-Reformen. Damit bekam das Ziel, mehr Menschen einen Arbeitsplatz zu verschaffen, Vorrang vor Lohnerhöhungen.

Dieser Reformkurs verbesserte die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands tatsächlich und ließ die hiesige Wirtschaft recht gut durch die anschließende weltweite Krise kommen. Doch gerade in jüngster Zeit haben die Lohnstückkosten wieder angezogen, sodass unterm Strich kein Kostenvorteil gegenüber dem Ausland festzustellen ist.




Information

aus IW-Trends
4/2013

Christoph Schröder: Produktivität und Lohnstückkosten der Industrie im internationalen Vergleich
www.iwkoeln.de/lohnstueckkosten

Ein Konzept gegen den Leerstand

Wohnungsmarkt. Auch wenn die Menschen in den Großstädten bei Wohnungsbesichtigungen Schlange stehen und die Bundesregierung über eine Mietpreisbremse diskutiert – künftig werden in Deutschland immer mehr Wohnungen leer stehen. Was die Politik angesichts dieser Entwicklung tun kann, zeigt das IW Köln in einer aktuellen Studie auf. 

Weil viele alte Häuser nicht mehr den energetischen oder räumlichen Anforderungen von heute genügen, müssen auch in den kommenden Jahren neue Wohnungen gebaut werden. Mancherorts ist der Bedarf sogar so groß, dass die aktuelle Bautätigkeit nicht ausreicht (Grafik).

Insgesamt jedoch wird die schrumpfende Bevölkerung den deutschen Wohnungsmarkt von morgen prägen. Der Anteil leerstehender Wohnungen steigt – und zwar keineswegs nur in abgelegenen Kreisen Ostdeutschlands (Grafik Seite 7, vgl. auch iwd 36/2013). Das zwingt

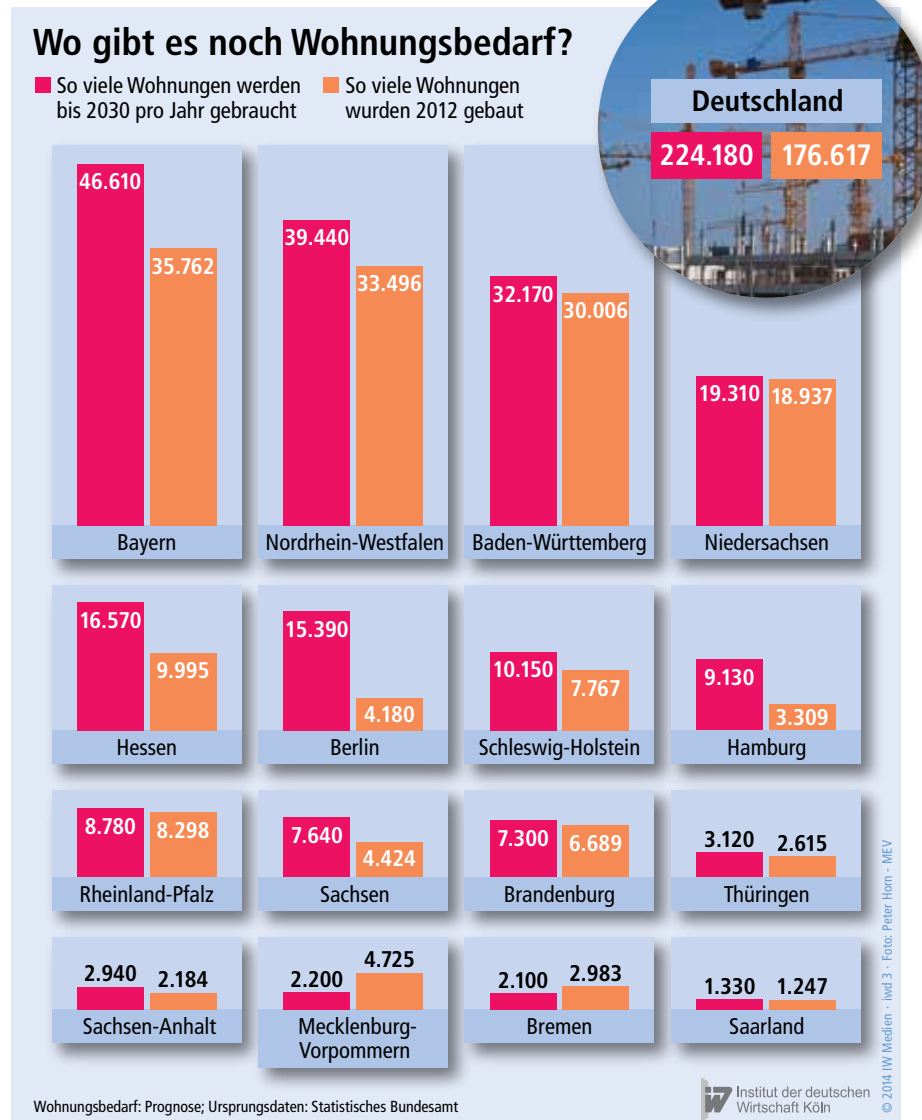
die Politik zum Handeln. Was zu tun ist, hat das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) in zehn Punkten herausgearbeitet:

1. Demografische Entwicklung akzeptieren. An der sinkenden Bevölkerungszahl ist nicht zu rütteln. Dies anzuerkennen und die eigene Standortpolitik zu überdenken, fällt gerade den Verantwortlichen kleinerer Gemeinden in ländlichen Regionen schwer – ist aber unabdingbar.

2. Weniger neue Flächen bebauen. Die meisten Neubauten entstehen auf der grünen Wiese – Leerstand in den Zentren und eine zersiedelte Landschaft sind die Folgen. Um dies zu ändern, müssen die Kommunen stärker auf die fiskalischen Wirkungen neuer Ansiedlungen achten. Hier helfen etwa Folgekostenrechner, die zusätzliche Einnahmen (z.B. bei der Grundsteuer) und höhere Ausgaben (z.B. durch die Instandhaltungskosten für neue Infrastruktur) gegenüberstellen. So lassen sich Fehlinvestitionen vermeiden.

3. Wirtschaftsförderung umgestalten. Dem ruinösen Wettbewerb vieler Kommunen um Unternehmensansiedlungen kann die Wirtschaftsförderung entgegengetreten, indem sie nicht zuletzt im kreativen Austausch mit den lokalen Unternehmen Konzepte entwickelt, wie sich leerstehende Gebäude und brachliegende Grundstücke anders nutzen lassen.

4. Regionale Zentren stärken. In Gebieten mit rückläufiger Einwohnerzahl können nicht mehr alle Städte und Gemeinden Einrichtungen wie Schulen, Bibliotheken oder Schwimmbäder anbieten. Wo künftig welche Infrastruktur zur Verfü-



gung stehen soll, müssen die kommunalen Behörden langfristig entscheiden. Um einen Interessenausgleich zwischen den Kommunen muss sich dann die Regional- und Landesplanung kümmern.

5. Zusammenarbeit der Gemeinden forcieren. Da der demografische Trend nicht an Gemeindegrenzen haltmacht, müssen benachbarte Kommunen das künftige Wohnraum- und Infrastrukturangebot gemeinsam planen. Wo die Bevölkerungszahl besonders stark zurückgeht, werden auch Fusionen von Gemeinden unvermeidbar sein.

6. Rückbau systematisch planen. Um die Wohnqualität einer Stadt zu erhalten, wird es in Zukunft notwendig sein, verfallene Immobilien oder gar ganze Viertel abzureißen. Daher müssen die staatlichen Förderhilfen im Rahmen der Stadtumbauprogramme so umgestaltet werden, dass der Rückbau nicht nur in Einzelfällen, sondern systematisch, also nach festen Regeln erfolgen kann.

7. Infrastrukturkosten neu verteilen. Damit schrumpfende Städte das Problem steigender Pro-Kopf-Kosten für die Infrastruktur in den Griff kriegen, muss künftig das Verursacherprinzip stärker zum Tragen kommen. Im Klartext: Wer weit außerhalb des Ortskerns wohnt, muss mehr für Wasser, Strom, Abwasser und Abfallbeseitigung bezahlen als jemand, der im Zentrum lebt.

8. Leerstand sanktionieren. Dauerleerstand beeinträchtigt die Attraktivität eines Stadtviertels. Eigentümer sollten daher eine Leerstandsgebühr zahlen müssen, damit der Anreiz größer wird, sich um eine neue Nutzung oder aber einen Abriss zu kümmern. Finanzschwache Eigentümer könnte der Staat mit günstigen Darlehen unterstützen.

Hier droht Wohnungsleerstand

Angaben für die 20 kreisfreien Städte mit den höchsten Leerständen im Jahr 2011

	Wohnungsbestand 2011	Leerstand 2011 in Prozent	Leerstand 2030 in Prozent des Wohnungsbestands 2011, wenn allein die demografische Entwicklung berücksichtigt wird
Dessau-Roßlau	54.501	14,0	27,8
Chemnitz	150.737	13,7	16,6
Leipzig	316.643	12,1	12,1
Gera	60.577	12,1	19,2
Halle (Saale)	144.160	11,5	16,6
Schwerin	55.568	10,7	10,7
Salzgitter	55.177	9,8	19,9
Pirmasens	24.983	9,7	14,5
Magdeburg	139.835	9,5	9,5
Brandenburg an der Havel	43.962	9,4	13,0
Eisenach	23.399	8,5	8,5
Hof	27.459	8,2	10,7
Suhl	21.726	8,2	24,3
Frankfurt (Oder)	33.508	8,2	15,7
Hagen	105.693	6,9	13,3
Gelsenkirchen	142.741	6,5	6,5
Zweibrücken	18.049	6,4	6,4
Bremerhaven	65.472	6,3	6,3
Remscheid	60.577	6,3	12,9
Wilhelmshaven	47.588	5,8	5,8

Leerstand 2030: Prognose; Ursprungsdaten: Bertelsmann Stiftung, Statistisches Bundesamt

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - Iwd 3 - Foto: DREIDESIGN.com - Fotolia.com

9. Gemeindefinanzen reformieren. Damit Siedlungsflächen effizienter genutzt werden, muss der Staat die Grundsteuer reformieren. Dabei sollte insbesondere die Bemessungsgrundlage aktualisiert werden. Sinnvoll wäre außerdem ein System handelbarer Flächenzertifikate, das Bauprojekte in Außenbezirken teurer und in den Innenstädten billiger werden lässt.

10. Neue Ideen entwickeln. Da die Stadtplanung der Zukunft viele unterschiedliche Interessen unter einen Hut bringen muss, sind neue Ansät-

ze gefragt, in die sowohl Expertise von außen als auch die Wünsche der Einwohner vor Ort einfließen. Hier könnten beispielsweise öffentlich geförderte Ideenwettbewerbe zu kreativen Lösungen führen.



IW-Positionen Nr. 62

Ralph Henger, Michael Schier, Michael Voigtländer: Wohnungsleerstand – Eine wirtschaftspolitische Herausforderung, Köln 2014, 60 Seiten, 11,80 Euro

Versandkostenfreie Bestellung unter:
www.iwmedien.de/bookshop

Kongos blutige Schätze

Rohstoffe. Viele Staaten wollen der humanitären Katastrophe, die sich derzeit im Kongo abspielt, nicht länger tatenlos zusehen. Da die kongole-sischen Milizen sich insbesondere durch den Handel mit Rohstoffen finanzieren, wollen die USA und die EU bestimmte „Konfliktrohstoffe“ vom Markt verbannen.

Als Konfliktrohstoffe gelten Bodenschätze und Rohstoffe, die illegal durch Rebellen oder Milizen abgebaut und/oder gehandelt werden. Das politische Ziel, diese Geldquellen zum Versiegen zu bringen, trifft allerdings auf eine seit Jahren steigende Nachfrage nach diesen Rohstoffen. Coltan zum Beispiel ist ein Erz, das für die Herstellung von Smartphones und Computern unerlässlich ist – im vom Bürgerkrieg geplagten Kongo wurden davon im Jahr 2011 rund 380 Tonnen gefördert (Grafik), damit gehört das Land zu den drei wichtigsten Anbietern.

Die USA haben im Jahr 2012 eine Ergänzung in den Dodd-Frank Act eingefügt: Industriebetriebe, die einen der vier Konfliktrohstoffe Coltan, Zinnerz, Gold oder Wolfram in der Produktion einsetzen, sollen demnach von ihren Lieferanten einen Nachweis einfordern, dass die Rohstoffe nicht aus einer von Milizen kontrollierten Mine stammen.

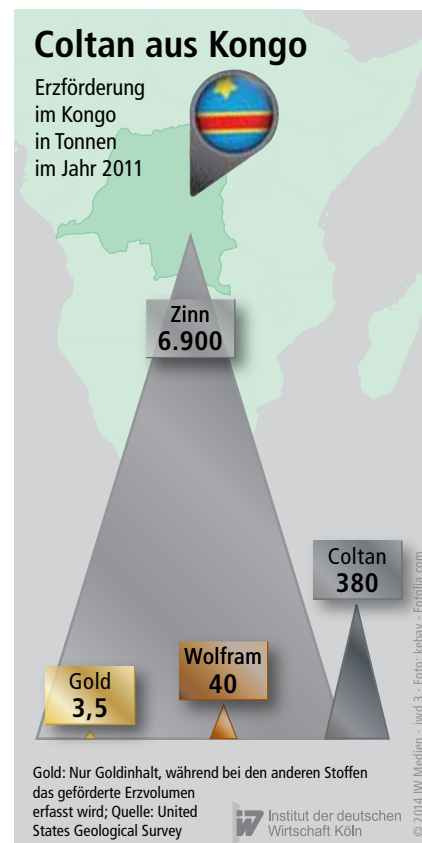
Die US-Unternehmen müssen dazu ein Berichtswesen aufbauen, das entlang der gesamten Lieferkette die Herkunft von potenziellen Konfliktrohstoffen dokumentiert. Der Aufwand ist enorm:

Für einen Jumbojet müssten rund eine Million Zertifikate erstellt und verwaltet werden, um den Nachweis zu führen, dass keine Konfliktminerale verbaut sind.

Nicht nur amerikanische Firmen, auch ihre weltweiten Handelspartner müssen die Nachweise leisten.

Die Vorschrift ist bislang allerdings wenig erfolgreich: Statt den Milizen die finanzielle Grundlage zum Waffenkauf zu entziehen, floriert der Schmuggel. Die Konfliktrohstoffe aus dem Kongo werden in die Nachbarstaaten befördert, um den Herkunftsnachweis zu fälschen.

Statt in der gesamten Wertschöpfungskette umfangreiche Nachweispflichten vorzuschreiben, könnte man sich vielmehr auf die weltweit



rund 200 Schmelzen konzentrieren, die Konfliktrohstoffe einschmelzen. Mit dem in Deutschland entwickelten „Geochemischen Fingerabdruck“ ließe sich in den Schmelzen sogar die Herkunft des Coltans identifizieren. Anhand der stofflichen Zusammensetzung können nämlich die einzelnen Minen bestimmt werden, aus denen die Rohstoffe stammen. Allerdings ist das nur vor dem Schmelzprozess möglich. Wenn die Unternehmen ihre Lieferanten verpflichten, nur aus zertifizierten Schmelzen zu kaufen, wird den Bürgerkriegsmilizen so mit geringem Aufwand die Finanzierungsgrundlage entzogen.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber

Redaktionsassistent: Ines Pelzer

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iw-d@iwkoeln.de

Bezugspreis: € 8,84/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich

Abo-Service: Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iw-d wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.